



HESSISCHER LANDTAG

14. 02. 2006

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der FDP betreffend sieben Impulse für den Wirtschaftsstandort Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist mit ihren negativen Auswirkungen auch an Hessen nicht vorbeigegangen.

Auch wenn viele Indikatoren dafür sprechen, dass der Arbeitsmarkt in Hessen zu einem sehr großen Teil durch politische Weichenstellungen der Bundespolitik negativ beeinflusst wird, so muss der Landtag trotzdem versuchen, entgegenzusteuern, und mit einem "Sofortprogramm Wirtschaftsimpulse entwickeln" eindeutige Weichenstellungen vornehmen.

Sieben Punkte sind für eine positive Trendwende von besonderer Bedeutung:

1. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt am Main so schnell wie möglich eine weitere Landebahn benötigt. Der Landtag ist sich bewusst, dass die Entscheidung für die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens nicht nur für die enge Region Rhein-Main, sondern für die gesamte Bundesrepublik positive Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation hat.
 - Der Landtag fordert die Genehmigungsbehörde auf, bei der Fraport AG darauf hinzuwirken, dass alle noch notwendigen Unterlagen einschließlich einer überarbeiteten Prognose im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorgelegt werden.
 - Der Landtag fordert die Genehmigungsbehörden auf, das Verfahren nach Recht und Gesetz und zügig zum Abschluss zu bringen.
 - Der Landtag erwartet von der Europäischen Kommission, dass sie eine Entscheidung zu einem Flughafensystem Frankfurt/Rhein-Main/Flughafen Frankfurt/Hahn (Hunsrück) fällt.
 - Der Landtag erwartet von allen Beteiligten, dass die Problematik der örtlichen Nähe zwischen dem Flughafen und einem Chemieproduzenten auch aus dem Gesichtspunkt der Sicherheit heraus optimal gelöst wird.
 - Der Landtag verurteilt sämtliche unbegründeten öffentlichen Erklärungen auch von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hinsichtlich nicht in dieser Höhe vorhandener Lärm-Belastungen des Rhein-Main-Flughafens.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von der geplanten Änderung des Börsengesetzes, nach dem ein Auskunftsrecht über die Höhe einer Beteiligung der Börsenaufsicht eingeführt werden soll, Abstand zu nehmen.
3. Der Landtag betont ausdrücklich seine positive Haltung gegenüber einem durch den Betreiber zu stellenden Antrag auf Laufzeitverlängerung von Biblis A und Biblis B und damit verbunden den Erhalt des Kernkraftwerkstandortes Biblis mit seinen rund 1.000 Arbeitsplätzen. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass es keine - wie von Bundesumweltminister Gabriel behauptet - sicherheitstechnischen Be-

denken gegen eine Verlängerung der Laufzeiten der beiden Kernkraftwerksblöcke Biblis A und Biblis B gibt. Der Landtag ermuntert den Energieversorger RWE Power, zeitnah die entsprechenden Anträge auf Verlängerung der Laufzeiten zu stellen.

Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, kurzfristig die Zwischenlagerung abgebrannter Brennstäbe auf dem Betriebsgelände in Biblis zu beenden, indem schnellstmöglich ein Endlager eingerichtet wird.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen im Sparkassenrecht derartig zu verändern, dass die hessischen Sparkassen zukunfts- und europafähig positioniert werden können. Hierzu ist vor allen Dingen die Verpflichtung notwendig, nach der jede Sparkasse Stammkapital bilden muss; auch damit es eine klare Zuordnung der Eigentümerschaft gibt. Landtag und Landesregierung müssen den hessischen Sparkassen einen weiten Rahmen der Selbstentwicklung im so genannten Drei-Säulen-Konzept der Geldwirtschaft ermöglichen, sodass auch die bestehenden Verbote hinsichtlich der Beteiligungen innerhalb dieser Säulen aufgehoben werden müssen.
5. Der Landtag begrüßt die Fortführung der in der letzten Legislaturperiode begonnenen Initiative der Landesregierung, den "Vorschriften-dschungel" in Hessen zu lichten und 37 Gesetze im Landtag zur Aufhebung vorzulegen. Der Landtag erwartet die Vorlage der "Streichliste" noch vor der Sommerpause 2006 und geht davon aus, dass es sich um Gesetze handelt, die auch im Jahre 2006 substantiell in die Lebenswirklichkeit Hessens eingreifen.
6. Hessen hat eine besondere Verantwortung für seine überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft. Die von der Bundesregierung geplante Mehrwertsteuererhöhung ist keine Vorfahrt für mehr Arbeitsplätze, sondern eine Vorfahrt für mehr Schwarzarbeit. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich kurzfristig in die Front der Bundesländer einzureihen, die sich strikt gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 aussprechen. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben übereinstimmend beschlossen, sich gegen eine weitere Belastung der Bürger und damit direkt verbunden des Mittelstandes zu widersetzen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich in Gespräche mit der Bundesregierung und den anderen Bundesländern einzutreten, um die unverantwortliche Vorziehung der Abführungspflicht von Sozialabgaben wieder rückgängig zu machen. Es ist keinem hessischen Unternehmen, ob Ein-Personen-GmbH oder börsennotierte Aktiengesellschaft, zuzumuten, im Jahre 2006 insgesamt 13 Mal Sozialabgaben abzuführen. Dieses kann zu einer zusätzlichen Insolvenzwelle allein in Hessen von bis zu 4.000 Unternehmen mit dem damit verbundenen Arbeitsplatzabbau führen.

Wiesbaden, 14. Februar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Hahn